









ich in der Wirtschaft wie von  
erfreut über ihr Zusammen-  
kriegsameroden, was natu-  
rliche. Der Wirt freute sich  
der beiden alten Kameraden  
schönen Verdienst aus diesen  
Besuchen der recht effizienten  
Kameraden die Gesamtsumme  
an sich dahin, daß man den  
ellen wolle. Der erste Kauf  
sch der Wirt bereit, für den  
zu trinken. Er gab auf der  
entuch das Zeichen zum Ab-  
Schnelläufer draußen auf der  
erne verschwand. Der Wirt  
s Wiederkommen der beiden

in Buchen in der Nacht wurde  
die Nieder von ihrer Mutter  
als Mörder wurde der Frau-  
und in Gärten verhaftet.  
Geständnis ab. Er will die  
Rädchen sich weigerte, ihn zu

Belgierin, die in Paris einem  
Brichfalle gestohlen hatte und  
richtige Hand, gestand zwar  
nicht ein, sagte aber zur  
Wende während des Krieges in  
den als meine Töchterin. Da-  
nn, wollte ich die Gelegenheit  
nach Kränzen zu schaden. Das  
Standpunkt, daß solche „Sant-  
berurteilung die Diebin zu der

Welt unter“ (1). Habilla Bon-  
Belgierin trägt ich, das, wie der  
vor meldet, vor wenigen Tagen  
den Weltuntergang für die  
bemalige Zukunft erklärte,  
jahre sonderbarsten sein und  
einen, die die Menschheit um  
ihre Verleugung bringe, sie  
Bisiken habe, sondern einfach  
übertragene Erfahrung vor-  
reichte. Die Vortragende  
in: „Die Menschen müssen in  
konst: sie müssen in der einen  
en Hand die Bibel halten, um  
s Seils auf Erden zu leiten.  
teinhaber. Die amerikanischen  
h der russische Großfürst Boris,  
und anderen Licht, mit seiner  
begleichet eröffnen wird.

## Verkehr.

Leistungsmarkt am Vichy und Schlicht-  
anerkant 7, 12, 21 Bullen, 150  
50 Kühe, 675 Küder, 1220 (120)  
13r. Lebendgewicht: Schafe 1.  
32-38 (una), 3. 40-45 (una),  
4 (una), 3. 30-35 (una), Zang-  
15 (una), 3. 30-35 (una), Kühe  
26), 3. 12-16 (11-16), Küder  
65), 3. 50-58 (una), Schafe 1.  
78 (80-81), 2. 73-75 (77-79),  
1 (60-70) Mark. Verlauf des  
Leistungsmarktes (Auktions): 28 Ochsen  
n. 9, 9, 9, 3, 328 Schmirer  
die die ein Pfund Lebendgewicht:  
22, Ochsen und Küder 2. 38-42,  
meine 75. 78. Die Preise gelten  
schönen familiäre Speisen des Han-  
und Verkaufshausen, Umfänger,  
luft ein, müssen sich also wesentlich

## Nachrichten.

November n. S. war der Kommuniz-  
ienhospitals erwischen. Er war  
kommunistische Presse behauptete,  
n hätte von einem Leichenwagen,  
woher Stumbe durch ein hinteres  
wurde der Fall mit Entschlossen-  
heit sich nun Vohla im Reichstag,  
kam. Die amtlichen Feststellungen  
nden.

Reichsgerichtsgericht hat im vorigen  
habschen sog. Zwangsgepäckkassett  
dazwischen ertönten helle Klä-  
ellengesetzten Tambourins, die  
die Dienen über ihren Säutern  
n Bewegungen auf die Anke  
Schlag auf ein ebenes Becken  
aten mit einemmal.

begannen keine eine eigentümlich  
n ruhigen Afforden der Viola  
schnell, als ob sie mitten aus ihm  
liche Welt; sie war nicht groß,  
a Feuers schien sie zu wachen, so  
einhalt. Ihr kleiner Fuß schien  
so leicht schwebte sie über den  
glam, dann immer schneller in  
ihre frohlebende Zeit an Walter  
schen, schwarzen Augen um einen

umt, der jetzt erst bemerkte, daß  
den war.  
den Weiner hinter der Decke und  
der Tänzerin; so etwas hatte er  
ein übernatürliches Wesen sein  
e von ihm entfernt, lebhaft, sein  
den Goldbleichen, in dem bunten  
den schwarzen Haaren und den  
sch die Luft flog wie eine Ellen-

lebhafter, Dallas Bewegungen  
ist veränderte sich in der Dunkel-  
heit blühende Dofche in den Dän-  
Epiten an die Stirne setzte und  
eben begann, während sie sich noch  
eine zeitlang gebauert hatte, flog  
sch in die Luft und sie hing über  
den Griff, ohne im Tanz inne-  
runden auf. Wie ein Wirbelwind  
ung folgt.)

mit rückwirkender Kraft eine höhere Einstufung als die in die Ein-  
gangsgruppe zugehörigen. Daraufhin hat die württ. Regierung auf  
Grund des Gesetzes vom 29. März 1920 die gleiche Vergünstigung  
für die württ. Zwangsgepäckkassett beansprucht und auf den Einpruch  
des Reichsfinanzministeriums ebenfalls das Reichsgerichtsgericht an-  
gerufen. Wie mir von zuständigen Stellen bekannt ist, hat dieses letztere die  
Anträge Württembergs abgelehnt. Die Ausfertigung des Urteils  
wird seiner Begründung steht noch aus.

München, 27. Jan. Im Staatshaushaltsausschuß des Bayeri-  
schen Landtags wurde heute ein Antrag des Abgeordneten Hildebrand  
(Bayerische Volkspartei) behandelt, der neuerdings die Frage  
der Verwendung der zwei Millionen Postkredite aufstellt, wobei fest-  
gestellt wurde, daß Bayern und die Verteilung Bayern der Reichspost  
bei der ganzen Angelegenheit vollkommen einwandfrei verhalten  
haben. Auch die Regierung in Bayern wolle nichts von der Ver-  
wendung dieser Gelder. Die Grundstückskaufe in Ludwigslofen für  
die Post seien korrekt und nicht zu teuer erledigt worden. So wolle  
Führung über die zwei Millionen gegeben werden können, möge  
die bayerische Staatsregierung dabei mitwirken. Der Antrag fand  
einstimmige Annahme.

München, 27. Jan. Nachdem die Oberlandführer freigesprochen  
wurden, ist auch die Vermögensfrage für den Tierarzt Dr. Weber in  
Kraft getreten. Er befindet sich auf freiem Fuß, jedoch von den  
österreichischen Führern niemand mehr in Landsberg fest. Damit kann  
das Unternehmen Hitlers vom Jahre 1923 als erledigt angesehen  
werden.

Ludwigslofen, 27. Januar. Wie die „Mittägliche Rundschau“  
meldet, wolle zur Untersuchung des mit der Barmat-Affäre zu-  
sammenhängenden 2 Millionen-Kredites für das besetzte Gebiet heute  
der erste Staatsanwalt Hans Frankenthal mit zwei Referenten hier,  
um auf Grund des bisher gesammelten Materials persönlich weitere  
Erhebungen anzustellen.

Dortmund, 27. Jan. Die belgische Besatzung in Stärke einer Kom-  
panie hat gestern den Ort geräumt. Nur auf dem Bahnhof ist noch  
eine Wache zurückgeblieben.

Leipzig, 27. Jan. Vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes  
zum Schutze der Republik beginnt am 10. Februar, vormittags 9 Uhr,  
die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Neumann und Ge-  
nossen wegen der sogenannten deutschen „Tage“. Alle Voraus-  
setzungen nach werden die Verhandlungen mehrere Wochen in Anspruch  
nehmen, da eine große Zahl von Angeklagten sich zu verantworten  
hat und zahlreiche Zeugen gehört werden sollen.

Berlin, 27. Jan. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raub-  
mörder, der im J. 21. den 24-jährigen, aus Dessau gebürtigen Roubier  
Erich Bannick bei Dönnitz ermordet hat, in Reudersdorf zu ver-  
haften. Er ist der 37-jährige aus Leipzig gebürtige Arbeiter Otto  
Krawitz, der sich auf Grund falscher Papiere den Namen Kurt Ott  
beigelegt hatte. Der Täter, der, wie ich inzwischen herausgefunden hat,  
im Mai vorigen Jahres auch den Eulmord an einem 15-jährigen  
Jüngling in Leipzig begangen hat, hat bei seiner Verhaftung den ihm  
zu 2. K. gelegenen Hausmord selbst gestanden.

Berlin, 27. Jan. Gestern nachmittags wurde von Beamten der  
Nordkommission der 26-jährige Korrespondent Eugen Gantner aus  
Stuttgart im Wartsaal des Anhalter Bahnhofs unter dem Verdacht  
verhaftet, den Eulmord am Anhalter Bahnhof begangen zu haben.  
Gantner befindet sich vorläufig auf Anweisung, mit der Tat in irgend  
einer Verbindung zu haben.

Berlin, 27. Januar. Das Reichshauptamt hat Staatssekretär Dr.  
Treubelmann erneut zur Berichterstattung nach Berlin berufen. —  
Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat die preussische  
Staatsregierung von einer Erhöhung der Mieten für den Monat  
Februar abgesehen. Es bleibt also nach für den Februar bei dem  
bisher geltenden Mietsfuß.

Kassel, 27. Jan. (Kassel-Post). 27. Jan. Auf der Chaussee von  
hier nach dem benachbarten Jemmeritz haben jugendliche Verbrecher  
in Abständen von 15 Metern mehrfach hintereinander Stacheldraht  
in 50 cm Höhe vom Erdboden quer über die Chaussee gespannt.  
Gestern Abend kam ein Post die Chaussee entlangfahrender Radfahrer  
zum Sturz. Die angehängten Eisenketten der Oberlandsperrerei waren  
von Erfolg. Die Attentäter sind noch lange gesucht aus Jemmeritz.  
Wiesbaden, 27. Jan. Die Generaldirektion des Post- und Tele-  
graphenamtes hat alle ihr unterstellten Ämter angewiesen, den ge-  
samten Schriftwechsel über Angelegenheiten, die sich auf die Post, die  
Telegraphie, das Fernsprechen und die Fernschreibtelegraphie beziehen,  
mit den zuständigen Behörden in polnischer Sprache zu führen. Nach  
auf alle deutschen Schreiben der polnische Beamten soll in polnischer  
Sprache geantwortet werden.

Wien, 27. Jan. Die schweizerische Regierung hat jetzt ihre Zu-  
sicherung zur Rückzahlung des Oberrheins durch die Alliierten  
Erklärungsgesellschaft gegeben.

Arosa, 27. Januar. Am Donnerstag unternahm fünf deutsche  
Studenten von Davos aus eine Tour nach Arosa. Sie kamen zu  
weit rechts und gelangten auf die Kuppen, wo der Student Wil-  
helm Elsenberger aus Leipzig über eine hohe Felswand hinunterstürzte.  
Die Leiche konnte erst am Sonntag geborgen und nach Arosa ge-  
bracht werden.

Kom, 27. Jan. Die „Tribuna“ meldet aus Bozen, daß sich die  
italienische Bevölkerung gegen eine Vereinigung von Bozen und  
Gries ausspricht, weil dann bei Gemeinderatswahlen die 7000 Deutschen  
von Gries die deutsche Wählerschaft derart verkleinern würden, daß  
es den Italienern unmöglich wäre, eine Minoritätsvertretung zu er-  
langen. Man glaube daher, daß die Regierung die Vereinigung ver-  
schieben werde.

London, 27. Jan. Dem „Star“ zufolge handelt es sich bei der  
Anwesenheit Dr. Schneiders in London um Pläne zur Einrichtung eines  
regelmäßigen transatlantischen Luftschiffdienstes zwischen Chicago,  
New-York und Hamburg.

New-York, 27. Jan. Das Luftschiff „Los Angeles“ wird, wie  
die Luftschiffstation Lakehurst mitteilt, am 14. Februar nach Ver-  
mont fliegen, wo es drei Tage lang an dem Ankermast der „Potomac“  
verankert bleiben wird.

Washington, 28. Jan. Die deutsch-amerikanische Kommission  
für die aus dem Weltkrieg entstandenen Ansprüche persönlicher  
eine Liste, wonach Forderungen im Gesamtbetrag von 1 1/2 Millionen  
Dollar heimlich wurden.

Schanghai, 27. Jan. Ein Peking-Telegramm an die japa-  
nische halbamtliche Nachrichtenagentur meldet den Tod Sunpatiens,  
Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 27. Jan. Der württembergische Landtag hat heute  
nachmittags seine Plenarberatungen mit einem eindrucksvollen  
Protest des Präsidenten Körner gegen den Vertragsbruch der  
alliierten Mächte vom 10. Januar wieder aufgenommen.  
Auch der württembergische Landtag als Vertreter des  
würtembergischen Volkes, so führte der Präsident aus, gibt seiner  
Entscheidung darüber Ausdruck, daß die vertragsmäßigen  
Ansprüche bezüglich der Räumung von Köln und der ersten  
Rheinlandzone nicht eingehalten wurden und daß die alliierten  
Mächte, die doch wahrhaftig von dem wehrlos gemachten Deut-  
schen Reich nirgends bedrückt sind, die Verträge, die sie durch  
ihre Unterschriften anerkannt, aus nichtigen Gründen ver-  
leugern und zu einer Politik der Gewalt zurückkehren, die das  
deutsche Volk durch seine Opfer erwidern zu haben glaubt.  
Wenn von Sicherheiten gegen kriegerische Angriffe gesprochen  
wird, so hätte wohl das entlassene deutsche Volk vor allen  
Völkern der Welt das Recht, für seine friedliche Entwicklung  
Sicherheiten zu fordern und zu verlangen, daß an die Stelle  
rechtswidriger Gewalt das Recht tritt, auf das auch Deutsch-  
land Anspruch erhebt. Ohne Debatte wurde die erste Beratung  
des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Staats für 1924 er-  
ledigt. Nachdem eröffnete Dr. Elsas (Dem.) die zweite Be-  
ratung des Staats für 1924 beim Kapitel Staatsministerium  
mit einer Kritik am Staatspräsidenten. Er wies darauf hin,  
daß sich in Württemberg der Übergang vom Marxismus zum  
Antisemitismus schon im vergangenen Jahre vollzog, daß aber die  
Zentrumsminister die andere Regierungskette vor allen weiten

Extremisten bewahren. Dem Staatspräsidenten warf er einen  
Eingriff in die Wahlbewegung, die Verleugnung der Republik,  
die geistliche Notwendigkeit geworden sei, schloß, die De-  
mokratie entziehendes Verhalten gegenüber seinen Wähler-  
gänger Dr. Dierker, unsichere Führung in der Lehrerbildungs-  
frage, allzu große Empfindlichkeit und Einschränkung der per-  
sönlichen verfassungsmäßigen Freiheiten durch den Erlass des  
Kultusministeriums an seine Beamten über den Verleib mit Ab-  
geordneten. Der Abg. Andre (Str.) verteidigt die Ansicht, daß die  
Frage des Untersuchungsamtschusses im Falle Hildebrand  
überlebt sei und niedergelegt werden sollte. Staatsprä-  
sident Basille verteidigte sich gegen die Vorwürfe und erklärte,  
daß er sich die persönlichen Meinungen nicht von der Demokratie  
vorschreiben lasse. Er betonte weiter, daß er mit seiner ganzen  
Arbeit auf dem Boden der Verfassung stehe und daß er an-  
gesichts der täglichen persönlichen Schmähungen schon längst  
frustriert worden wäre, wenn er wirklich so empfindlich wäre. Er  
habe lange geschwiegen. Die Gesellschaftsöffentlichkeit seien von  
ihm nicht verletzt worden, als er sich dagegen wehrte, daß der  
Abg. Dierker im Finanzamtschuss nicht nur einen Justizkritik  
machte, sondern die ganze Rede an sich rief. Die Reichsge-  
meinschaft und Hausbesitzer beim „Wobachter“ gingen vom  
Gericht aus, er habe lediglich den Strafantrag gestellt. Der Er-  
lass des Kultusministeriums werde nicht heimlich ausgelegt. Der  
Abg. Seymann (Sog.) erklärte, daß auch seine Partei auf die  
Untersuchung des Falles Hildebrand im Finanzamtschuss keinen  
Wert lege und kündigte scharfe Opposition gegen die Regie-  
rung an. Staatspräsident Basille begrüßte diese Opposition,  
denn ohne sie wäre die Regierung auf dem falschen Weg. Der  
Ministerialrat Buhl den Staatsdienst verließ, weil er befürch-  
tete, daß er durch das Gesetz zum Schutz der Republik zum  
Gegenstand gezwungen werden könnte, ergebe sich aus den Akten,  
jedoch nicht, ob diese Ansicht von Buhl dem tatsächlichen Grunde  
entspreche und ob der frühere Kultusminister daran beteiligt sei.  
Ein kommunistischer Abgeordneter kündigte einen Minutens-  
antrag gegen die Regierung an. Der Abg. Elsas wies den  
Vorwurf der Unzufriedenheit gegenüber seiner Partei zurück,  
der Abg. Rath (D. V. R.) kündigte eine Erhöhung der Mini-  
stergehälter, eine Entlassung des Staatspräsidenten und die Ver-  
legung eines Gesetzes über Ministerdefensionen. Der Abg. Dr.  
von Dierker verteidigte sich gegen die schwere Verunglimpfung  
seiner amtlichen Tätigkeit im Fall Buhl und schloß ab, mit  
einem Erlaß an den letzten Kultusminister herauszutreten,  
während Staatspräsident Basille erklärte, daß er nur auf An-  
trag in dieser Sache etwas unternehmen werde und daß sich  
Dierker von Dierker durch einen solchen Antrag nichts ver-  
gehe. Ein Antrag auf Zurückziehung des Untersuchungsamtschusses  
im Fall Hildebrand wurde lebhaft angenommen, desgleichen  
das Kapitel Staatsministerium nach den Anträgen des Finanz-  
amtschusses. Morgen Fortsetzung der Staatsberatung.

## Der Reichstagsprozeß.

München, 27. Jan. Der Angriff der kommunistischen Par-  
tei auf die Sozialdemokratie, wie er in dem Traktat „Licht“ gegen  
die beiden ehemaligen Reichstagskandidaten Winter und Kämpfe zum  
Ausdruck kommt, kann vorläufig im großen und ganzen für ab-  
geschlossen gelten. Die Kommunisten konnten nur eine Reihe  
von Klatsch aufwiehlen, aber nichts Positives vorbringen. Es ist  
fraglich, ob es den Kommunisten gelingen wird, den Beweis  
für die Angriffe anzutreten, die sie in der „Licht“-Zeitung  
„Der Kampf“ gegen den sozialdemokratischen Führer in Bayern  
und Vizepräsidenten des bayerischen Landtags vorgebracht  
haben. In dieser „Licht“-Zeitung wird Auer als der wahre Mör-  
der des Eisners bezeichnet. Außerdem enthält sie eine Reihe ehren-  
rätlicher Normen. Es wird Auer a. a. vorgebracht, daß er  
sich unredlich verhalten habe, daß er Verleumdung und Kor-  
ruption in der Partei beschuldigt habe. Politisch habe  
er die übliche Rolle gespielt. Der Prozeß selbst bedauert das  
aggressive Verhalten der Kommunisten gegen die Sozialdemo-  
kratie. Es ist möglich, daß durch weitere Zeugen wie a. a. durch  
den Grafen Arco oder hervorragende Führer der Sozialdemo-  
kratie die politische Seite des Prozesses etwas mehr zum Aus-  
druck kommt. Bisher muß jedoch festgestellt werden, daß nur  
der übliche Klatsch angesetzt wurde und die kleinlichsten An-  
gelegenheiten im Familienkreis vorgebracht wurden.

## Entscheidende kommunistische Waffenlager.

Der „Vorwärts“ meldet aus Köln, daß in dem Hause Ka-  
tharinenstraße 7 von der Polizei ein kommunistisches Munition-  
s- und Waffenlager entdeckt worden ist. Es wurden eine  
fertigestellte Bombe, ferner Material für die Herstellung von  
50 weiteren Bomben, außerdem Schusswaffen aller Art gefun-  
den. Ein Teil der Waffen stammt aus dem bayerischen Polizei-  
präsidium, wo die Waffen wahrheitsgemäß vor längerer Zeit ge-  
funden worden sind. Der Wohnungsinhaber, ein bekannter  
Köln kommunist, konnte verhaftet werden. Er gestand, daß  
die Bomben gegen die Feinde der kommunistischen Partei ver-  
wendet werden sollten. Ein weiterer, im gleichen Hause wohn-  
ender Kommunist konnte entkommen. Das Blatt meldet weiter,  
daß der Leiter des Kölner Frontkämpferbundes in Köln auf  
Anordnung der britischen Besatzungsbehörden verhaftet wor-  
den ist.

## Deutschlands Antwort an die Alliierten.

Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Reichsregierung auf die  
Kollektivnote über die Räumungsfrage ist heute vormittags den  
alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:  
„Der Reichstag! In der dem Herrn Reichskanzler am  
26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierun-  
gen, daß sie einwählen nicht die Absicht haben, die Frage der  
Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regie-  
rung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen  
Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits  
in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte,  
von deren Erledigung sie die Räumung der Kölner Zone ab-  
hängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie  
ebenso wie früher mögliche Verschleppung dieser Mitteilung  
in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der  
deutschen Regierung eine Verleumdung der Tragweite der Artikel  
428 und 429 des Versailler Vertrags entgegenzusetzen und die  
Rechtsprechung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Ar-  
tikeln vorgesehenen Voraussetzungen für die fristmäßige Räu-  
mung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe. Die  
deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die  
Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten  
Regierungen lediglich zu einer formalen Widerlegung Anlaß  
gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische  
Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in seiner Weise  
schiebte. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regie-  
rung, wie auch die Zersplitterung noch immer in Unkenntnis des  
Zustandematerials, mit dem sie den von ihnen bereits vor  
mehreren Wochen gefassten Beschluß begründen wollen. Das  
deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages  
beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich  
gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Re-  
gierungen ziehen aus einer einseitigen Benachteiligung des Sach-  
verhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und können es in  
ihren neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der  
deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit ein-  
zutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen,  
inwiefern ihr eine Verleumdung der Tragweite der Artikel 428

und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten  
und bestritten nicht, daß diese Artikel der Räumung der nörd-  
lichen Rheinlandzone auf 10. Januar 1925 von gewissen Vor-  
aussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht viel-  
mehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tat-  
sache der völligen Entlohnung Deutschlands ist zu offensichtlich,  
als daß die alliierten Regierungen die Nichtanerkennung des  
vertragsmäßigen Räumungsstermins mit dem gegenwärtigen  
Stand der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die al-  
liierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied  
zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429  
vorgezeichnete etappenweise Räumung eine von ihrer Entschie-  
dung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies  
würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der  
keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmung des Artikels  
429 nicht weniger bindendes Vertragsgebot ist, als diejenige  
des Artikels 428. Das allgemeine Interesse an einer frucht-  
baren politischen Zusammenarbeit gestaltet es nicht, den argen-  
wärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Ge-  
biets und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbe-  
stimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet  
deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des an-  
gekündigten Materials nacheinander alsbald folgen lassen und so  
die Voraussetzung für eine Verständigung über die Verlegung  
des entstandenen Konflikts schaffen.“

## Reichstag und Aufwertungsfrage.

Berlin, 27. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus parla-  
mentarischen Kreisen erfährt, rechnet man nach der heutigen  
Regierungserklärung im Aufwertungsamtschuss damit, daß das  
neue Aufwertungsgebot dem Reichstag in drei bis vier Wochen  
angehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungs-  
amtschuss mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums be-  
fassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungs-  
frage in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

Berlin, 27. Jan. Der Aufwertungsamtschuss des Reichs-  
tags hat in seiner heutigen Sitzung den Referentenentwurf  
über die Anleiheaufwertung entgegengenommen und wird nach  
etwas einer Woche in die Beschlußfassung über den Entwurf  
eintreten. Ferner ist auf Veranlassung der Reichsregierung  
beschlossen worden, daß schwebende Rechtsstreitigkeiten über  
Aufwertungsfragen auf Antrag so lange ausgesetzt werden sol-  
len, bis die in Aussicht genommene gesetzgebende Regelung  
der Aufwertung vorliegt. Schließlich ist der Antrag der  
deutschen nationalen Volkspartei auf Aufhebung der Verordnung  
des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924 vertagt worden.

## Annahme der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbs- losenfürsorge.

Berlin, 27. Jan. Von Anfang bis Mitte Januar 1925 hat  
die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbs-  
losenfürsorge von 536 000 auf 583 000, d. h. um rund 9 Pro-  
zent zugenommen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männ-  
lichen Hauptunterstützungsempfänger von 494 000 auf 540 000,  
die der weiblichen von 41 000 auf 43 000 erhöht. Die Zahl der  
Zusatzempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von  
Hauptunterstützungsempfängern) ist von 723 000 auf 750 000 ge-  
stiegen. Die auch diesmal noch erhebliche Zunahme erklärt sich  
insbesondere aus der Abnahme der Gelegenheitsarbeit und der  
Widmung der Konjunktur, wie sie für eine Reihe von  
Verbrauchsindustrien nach Weihnachten eingetreten ist. Auch  
erreicht im Januar erwerbsgemäß der landw. Arbeits-  
markt seinen Tiefpunkt.

## Schwere Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Berlin, 26. Jan. Die Berliner sozialdemokratische Partei  
veranbaltete gestern gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-  
Rot-Gold im Berliner Sportplatz eine Ausübung für die  
Republik. Der Berliner Bezirksverbandvorsitzende Bartels  
und Reichstagspräsident Brüder haben über die innere Politik  
ihre Ausführungen gabelten in einer Kampfszene der Sozial-  
demokratie gegen das Kabinett Luther. Neben außenpolitische  
Fragen sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Veitsteh. Wäh-  
rend dessen Rede kam es zwischen anwesenden Kommunisten und  
Reichsbannerleuten zu Zusammenstößen, die größeren Umfang  
annahmen, als Dr. Veit die Kommunisten hart angriff. Zum  
Schluß brachen noch Crübben, Müller-Franke und der preu-  
sische Ministerpräsident Traut, der die Arbeiter aufforderte,  
die Republik und die Demokratie zu schützen. Nach der Aus-  
übung kam es in der Reichsbanner Straße zu schweren Zu-  
sammenstößen zwischen Sozialisten und Kommunisten, in deren  
Verlauf es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Erst  
starke Abteilungen der Schutzpolizei vermochten nach längeren  
Ermahnungen die Straße zu säubern und den völlig unterbun-  
denen Verkehr wieder herzustellen. In der ersten Abendstunde  
wurde in der Lindenstraße in der Nähe des „Vorwärts“-  
Gebäudes eine von der Räumung kommende etwa 100 Mann  
starke Gruppe des Reichsbanners von einem etwa 300 Mann  
starken kommunistischen Überfall überfallen. Es entstand in der  
Dunkelheit ein heftiger Kampf, bei dem es gleichfalls auf beiden  
Seiten Verletzte gab. 10-20 Reichsbannerleute, die Schlag-  
und Stichwunden erlitten hatten, mußten zur nächsten Ret-  
tungsstation transportiert werden.

## Ein deutscher Vorgesitz in Brüssel.

Brüssel, 27. Jan. Der deutsche Vorgesitz Delmar von Wer-  
loch hielt hier auf Einladung der belgischen Lega für Men-  
schenrechte einen Vortrag vor einer zahlreichen Zuhörerschaft.  
In seinen Ausführungen erklärte er, daß er für die Sache der  
deutschen Demokratie einträte, die sozialistisch gefärbt sei.  
Deutschland, das 60 Millionen Einwohner habe, dürfe nicht  
seiner Kolonien beraubt bleiben deren Rückgabe die Voraus-  
setzung für seinen Eintritt in den Völkerbund sei. Das deutsche  
und das französische Volk müßten sich aufheben und ein be-  
liges Bündnis gegen die Anführer und Räuber eines jeden  
neuen Krieges schließen. — Dem Vortrag wohnten u. a. bei  
Bamberbe und der Professor der Universität Lüttich,  
de Wilmotte, bei.

## Die Völkervereinigung verlangt die Verzichtserklärung Hins auf den ungarischen Thron.

Die Völkervereinigung hat drei Delegierte, einen Eng-  
länder, einen Franzosen und einen Italiener, nach Verceto,  
dem gegenwärtigen Aufenthaltsort der früheren Kaiserin Lisa ent-

Großer Zeitungs-Katalog 1925 von Rudolf Mosse. Mosse  
großer Zeitungskatalog, der in Friedenszeiten ein Hauptbil-  
dungs- und Informationsmittel im In- und Ausland  
gewesen ist, hat in den Inflationsjahren, in denen sich Anzeigen-  
preise und Bedingungen von Woche zu Woche änderten, eine  
Zeitung veröffentlicht. Seit 1922 lag keine neue Ausgabe vor, die  
man endlich wieder erschienen ist. Die neue Ausgabe folgt im  
allgemeinen der erprobten Anordnung der früheren Kataloge.  
Mit größter Sorgfalt bearbeitet, berücksichtigt er jedes Wort  
in besonderer Ausführlichkeit auch die ausländische Presse. Für  
die Interessenten steht der Katalog als Ratgeber und heute  
wieder ein unentbehrliches Hilfsmittel. Er gibt nicht nur ein  
exaktes vollständiges Anzeigenverzeichnis an die Hand, sondern  
berührt sich auch als ein zuverlässiger Führer durch das ge-  
samte Zeitungs- und Zeitdruckerwesen. Industrie und Wirt-  
schaft werden immer wieder auf den Mossekatalog als Nach-  
schlagebuch und Informationsquelle zurückgreifen müssen.



